

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Verjammlungspreise kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbriefe werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: VBerband Bochum.

### Vom Schlachtfelde der Bergarbeit.

Der soeben herausgegebene 80. Bericht der deutschen Knappschaftsberufsgenossenschaft lehrt uns wieder, einen wie gefährlichen Beruf der Bergarbeiter doch ausübt. Seit Bestehen der Berufsgenossenschaft (1885) bis einschließl. 1914 wurden von ihr für 224 147 Getötete oder sehr oder minder schwer Verletzte Hinterbliebenen- bzw. Unfallrente festgesetzt. Fast unaufhörlich ist die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle total und verhältnismäßig gestiegen. Auf 1000 Versicherte berechnet auch im Kriegsjahr 1914. Kein Wunder, wenn man die umfangreiche Einstellung ungeschulter Arbeitskräfte an Stelle der zum Kriegsdienst einberufenen großen Belegschaftsteile und die außerordentliche Anstrengung der verbliebenen Belegschaft zwecks Sicherstellung der bergbauischen Leistungen bedenkt.

Zwar ist 1914 die Zahl der überhaupt angemeldeten Unfälle mit 122 982 geringer als 1913, wo sie 133 710 betrug; die Summe der entzündigsten Unfälle ist von 13 768 auf 12 671 zurückgegangen. Aber es waren 1914 auch nur durchschnittlich 841 118 gegen 918 805 in 1913 Versicherte beschäftigt, was einen Abgang von 77 687 bedeutet, eine Folge der militärischen Mobilmachung. Bis zum Jahreschluss ist der Abgang noch viel größer geworden. Wissen wir doch aus den Berichten der preussischen Knappschaftsvereine, daß von deren Mitgliedern allein anfangs 1915 über 200 000 zum Kriegsdienst einberufen waren.

Darum können nicht einmal die durchschnittlichen Prozentzahlen der angemeldeten Unfälle pro 1000 Versicherten ein richtiges Bild von der bergbauischen Unfallhäufigkeit im Jahre 1914 geben. Und doch beweisen schon sie, daß auch 1914 sich die Betriebsunfälle im deutschen Bergbau weiter vermehrt haben. Es wurden nämlich Unfälle angemeldet

In der Section	1914	1913	1912
I Bonn	19 897	288	188,80
II Bochum	64 020	993	159,87
III Glatthaal	1 525	50	62,54
IV Halle	8 674	176	91,45
V Waldburg	5 185	61	171,18
VI Weuthen	18 402	313	122,16
VII Zwickau	5 830	52	171,17
VIII München	2 350	22	195,98
Zusammen	122 982	1052	146,21

Demnach ist die verhältnismäßige Zahl der Unfälle auch 1914 durchschnittlich gestiegen. Mit 146,21 angemeldeten Unfällen pro 1000 Versicherte steht das Jahr 1914 an der Spitze, obschon die Betriebe währenddem wochenlang sehr erhebliche Störungen erlitten!

Was wir erst für eine Unfallmenge zu beklagen gehabt hätten, wenn die Betriebe das ganze Jahr hindurch in vollem Umfange aufrechterhalten blieben, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung. Es wurden Unfälle angemeldet:

	Januar-Juli	August-Dezember
1914	82 841	40 141
1913	77 399	56 311

In den sieben Monaten vor dem Kriege hatten sich also die Unfälle schon um 5442 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres vermehrt! Dann brachte der Krieg zunächst eine erhebliche Betriebsstörung, die in den westlichsten und östlichsten Bezirken am längsten anhält. Bis gegen Jahreschluss wurde die Umgruppierung der Belegschaften wiederholt nötig infolge der andauernden Einberufungen. Sodann trat ein gewisser Beharrungszustand ein.

Man kann dies auch der Unfallstatistik entnehmen. Angemeldet wurden nämlich Unfälle im

	1913	1914
Juli	11 750	12 006
August	11 682	7 005
Dezember	10 906	8 368

Im Juli 1914 wurden noch 256 Unfälle mehr als gleichzeitg 1913 angemeldet, im August (erster Kriegsmonat) ist die Vergleichsziffer plötzlich um 4677 niedriger, im Dezember aber, trotz der weiter verringerten Belegschaft nur noch um 2538. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß unmehr die Unfallziffer prozentual erheblich höher war als vor dem Kriege!

Das war um die Zeit, als es den Bergarbeiterorganisationen noch nicht gelungen war, die Verwaltungsbehörden von der Notwendigkeit einer Einschränkung der Ueberhöchsten zu überzeugen. Damals wurde sogar vielfach Sonntag zur Förderung angefahren. Damit wurde im neuen Jahre, nachdem dagegen die Vertreter der Bergarbeiterverbände wiederholt vorstellig geworden waren, Schluss gemacht und später anerkannt auch das Staatsministerium öffentlich, daß im Interesse der dauernden Sicherstellung der bergbauischen Leistungen Gesundheit und Leben der Arbeiter nicht durch übermäßiges Ueberhöchstenverfahren stärker als es ohnehin durch den Bergbaubetrieb geschieht, gefährdet werden dürfe. Wir haben öfter die dringende Notwendigkeit des Arbeiterschutzes betont, bei aller Anerkennung der Kriegszeitbedürfnisse. Die Zunahme der Betriebsunfälle beweist, wie recht wir hatten mit unserer Warnung und Forderung.

Im Jahre 1914 sind infolge Massenunfälle 48 Bergleute getötet und 58 verletzt worden, gegen 30 Getötete und 57 Verletzte im Vorjahre. Ueberhaupt ist die Zahl der Getöteten, auf 1000 Versicherte umgerechnet, auch wieder gestiegen. Es wurden nämlich infolge Betriebsunfälle getötet

	Vergleiche überhaupt	auf 1000 Versicherte
1913	2121	2,30
1914	1952	2,32

In einem einzigen Jahre 122 982 Verletzungen durch Betriebsunfälle, davon 1952 sofort tödlich! Auch die blutigste Massenschlacht des beispiellos blutigen Weltkrieges reicht wohl kaum mit ihren kampfsmäßigen Opfern nicht an die Masse der Verletzten im deutschen Bergbau im Verlaufe eines einzigen Betriebsjahres heran! Dazu kommen noch hunderttausende Fälle von innerlichen Erkrankungen!

Würde es einer sachlichen Verständigung über die wahren Ursachen dieser erschreckenden Tatsache nicht dienen, wenn die Berichterstattung der Knappschaftsberufsgenossenschaft es unterließe, den sogenannten „blauen Montag“ für die Unfallvermehrung verantwortlich zu machen? Das tut der Bericht nun wieder — trotz „Burgfrieden“ —, indem er sagt, die „seit Jahren wiederkehrende Erscheinung, daß die größte (!) Zahl der Unfälle auf den Dienstag (16,88 Prozent) und die geringste auf den Montag (15,48 Prozent) entfällt“, habe ihre Ursache in dem Montagsfeiern einer „großen Zahl von Bergleuten, die deshalb keinen Unfall erleidet!“ Liegt es nicht ebenso nahe, zu erklären: am Sonntag ruht sich der Arbeiter aus, er kommt am Montag ausgeruhter als sonst zur Schicht und daher die geringere Unfallziffer! Diese Erklärung wird obendrein gestützt durch die Tatsache, daß auf den Samstag ebenfalls 16,88 Prozent aller Unfälle entfallen, also am Wochenschluss, wenn die Arbeitskräfte am mitgenommensten sind! Woher kommen denn sonst die höheren Unfallziffern an den Samstagen? Wir möchten auch nochmals zur Untersuchung anheingeben, ob nicht solche Arbeiter am ehesten Montags oder nach Lohntagen feiern, die sich sonst unter den eifrigsten Ueberhöchstenmachern befinden. Im Vergleich zu den Ueberhöchsten ist die Zahl der Feierschichten überhaupt sehr gering. Das geht auch klar aus der seit Jahren in allen Hauptberufen erheblich gestiegenen Zahl der pro Arbeiter verfahrenen Schichten hervor. Wir möchten entgegen dem Berufsgenossenschaftsbericht ausdrücklich hervorheben, daß in den 20 Jahren von 1895 bis einschließl. 1914 nicht weniger als zwölfmal gerade der Samstag höhere Unfallziffern als der Dienstag aufgewiesen hat! Wo bleibt da die Ausrede mit dem „blauen Montag“?

Wir haben unzählige Male die wahren Ursachen der steigenden Unfallziffern im deutschen Bergbau dargelegt. Wenn der Krieg zu Ende ist, werden wir mit verdoppeltem Eifer gesetzliche und Verwaltungsreformen zur Verbesserung des Bergarbeiter-schutzes fordern. An den Bergleuten, den meist Bedrohten, liegt es, diese gerechte und längst begründete Forderung kraftvoll zu unterstützen, indem sie die Reihen des Bergarbeiterverbandes mächtig verstärken.

### Krieg und Knappschaftsvereine.

Herr Oberberggrat Dr. Adolf Arndt wies in seinem Buche „Bergbau und Bergbaupolitik“ darauf hin, daß die Versicherung der Bergleute in Knappschaftsvereinen das Selbstbewußtsein hebe und dies Standesbewußtsein dürfe der Bergmann auch haben, wenn er z. B. bei Schiedsgerichtsverhandlungen, wo es sich um eine Reichrente von monatlich etwa 10 Mark handele, auf die Frage, welche monatliche Knappschaftspension er beziehe, „40 Mark“ antworten könne. Doch kann es auch anders kommen, als Herr Bergrechtler Arndt ausführte. Das Knappschaftsmitglied kann jahrelang seine Beiträge leisten, um, wenn dann die Zeit naht, wo er bergfertig ist und auf die Knappschaftspension rechnet, zu seinem Leidwesen zu erfahren, daß die Beiträge sowohl der Arbeitnehmer wie der Werksherren erhöht, die Leistungen aber zurückge-schraubt werden, da der Knappschaftsverein, dem er angehört, mit seinen Mitteln nicht mehr auskommt. So mußte der Mg. Knappschaftsverein Nassau in den Jahren 1879-1904, wo seine Mitgliederzahl zwischen 5861 und 7186 schwankte, die Beiträge auf das 3,7fache der im Jahre 1879 erhobenen, erhöhen, seine Leistungen jedoch um ein Drittel erniedrigen. Dieser Verein zahlte also zurzeit nur zwei Drittel des Betrages an Knappschaftspension, den er im Jahre 1879 zu zahlen imstande war.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Bergarbeiter Verschmelzung der Knappschaftsvereine wünschen und fordern. Diese Forderung wird schon erhoben, solange es organisierte

Bergarbeiter gibt. So ersuchte am 27. Oktober 1878 der Vorstand des Verbandes der sächsischen Berg- und Hüttenleute das Ministerium des Innern, dem Landtage eine Vorlage zur Reform des Knappschaftswesens zugehen zu lassen, und zwar dahingehend, daß die Isoliertheit der Knappschaften durch ein allgemeines Gesetz aufgehoben und möglichst alle sächsischen Knappschaftskassen ohne Unterschied zu einem einzigen Institut vereinigt würden. Leider bestehen außer der Allgemeinen Pensionskasse für das Königreich Sachsen auch heute noch zwei weitere Knappschaftsvereine, das sind der Knappschaftsverein der v. Arnimischen Werke und der Knappschaftsverein des Zwickauer Brückenberg-Steinfolienbauvereins.

Auf allen ihren Verbandstagen forderten die Bergarbeiter immer wieder die Schaffung eines Reichsberggesetzes und Vereinheitlichung des Knappschaftswesens, wie dies auch Dr. Arndt in seinem Buche befürwortet. Bis heute vergebens! Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß gerade die kleinen Knappschaftsvereine es sind, und solche, die sich nur durch Gnadengeschenke von Industrieherrn oder fürstlichen Herrschaften über Wasser zu halten vermögen, die sich am meisten gegen Verschmelzung mit größeren Vereinen sträuben. So manche Knappschaftsvereine würden ohne Zuwendungen von Geschenken kaum existenzfähig sein. Lesen wir doch im Jahresberichte des Wernigeroder Knappschaftsvereins zu Ilfeld, daß die Ausgaben der Pensionskasse im Jahre 1912: 34 659 Mk. betragen, die Einnahmen 35 806,14 Mk. Unter diesen Einnahmen befindet sich ein Gnadengeschenk Sr. Durchlaucht des Fürsten im Betrage von 10 000 Mark und 259,27 Mark als Zuwendung

aus dem Verkauf von Möbeln der höheren Lehrerschule. Rechnet man von den Einnahmen diese Geschenke ab, so bleiben noch 25 546,87 Mk., aber auch da sind noch 430 Mark Lehrgelder von Solonären dabei. Zu zahlen waren aber allein für 121 Invaliden 22 922,86 Mk. und für 102 Witwen 10 862,70 Mk., das sind insgesamt 33 785,56 Mk. Ohne Gnadengeschenk und Pensionsmittel hätten also über 8000 Mk. aus dem Vermögen zugebuttert werden müssen. Wie traurig würde es hier für die Invaliden aussehen, wenn Durchlaucht die Gnadengeschenke einstellte? Dieser Knappschaftsverein zählt 442 Mitglieder und wäre hier ebenso wie bei Dutzenden anderen eine Verschmelzung vor allem dringend notwendig.

Im Austrage der gesamten organisierten Bergarbeiter-schaft Preußens beschloß sich am 11. Febr. 1908 der Bergarbeiter-tag in Essen mit der Verschmelzungsfrage der Knappschaftsvereine und wurde beschlossen, dem Abgeordnetenhaus Vorschlagsvorläufe zuzusenden, dahingehend, daß bestehende Knappschaftsvereine, die weniger als 10 000 Mitglieder zählen, sich mit benachbarten verschmelzen sollten. Ebenso sollte die Gründung neuer Knappschaftsvereine verboten werden. Bis jetzt hat sich die Verschmelzungsfrage noch nicht bereit gefunden, diese Bestimmungen in die Knappschaftsgesetzgebung aufzunehmen. Höch-nöthig wäre deshalb die Schaffung eines Reichsberggesetzes, oder mindestens eines Reichs-Knappschaftsgesetzes. Heute, wo überall Reformen einsehen, wäre es endlich Zeit, für den Bergbau und die Bergarbeiter Deutschlands eine einheitliche Gesetzgebung zu schaffen und damit auch der alten so berechtigten Forderung der Bergarbeiter auf Schaffung einer gemeinsamen Knappschaftskasse entgegenzukommen. Wohl sind seit dem Jahre 1901 in Preußen 11 Knappschaftsvereine weniger geworden, in Bayern 21, doch bestehen in Deutschland immer noch 111 Knappschaftskassen, davon wurden seit dem Jahre 1901 allein in Elsaß-Lothringen 5 neue Vereine gegründet.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Zahl der Vereine in den Jahren 1901 und 1913, sowie die Mitgliederzahlen der Knappschaftsvereine in den einzelnen Bundesstaaten:

	Zahl der Vereine		Zahl der Mitglieder		
	1901	1913	1895	1901	1./1. 1913
Preußen	73	62	428 126	613 131	904 817
Sachsen	3	3	80 264	33 146	33 537
Bayern	43	22	8 395	10 199	13 561
Württemberg	3	3	2 279	2 436	2 431
Großherzog. Hessen	5	5	1 900	2 232	2 913
Herzogtum Braunschweig	3	3	2 242	3 082	4 527
Herzogtum S.-Meiningen	1	1	166	83	65
Herzogtum S.-Altenburg	1	1	1 829	2 092	4 071
Herzogtum S.-Anhalt	1	1	4 905	5 577	5 120
Fürstentum Waldeck	1	1	256	239	114
Fürstentum Schwarzburg	2	1	62	91	75
Elsaß-Lothringen	3	8	4 717	6 439	38 024
Zusammen	130	111	484 841	680 547	1 000 015

Wir sehen aus dieser Tabelle, daß die Zerplitterung im Knappschaftswesen noch eine sehr große ist. Eine Verschmelzung all dieser Vereine ist gerade heute höchnötig, wenn auch im preussischen Knappschaftsgesetz vorgeschrieben ist, daß, wenn die Leistungsfähigkeit einer Kasse gefährdet sei, der Knappschaftsverein aufgelöst und die Mitglieder einem anderen Knappschaftsverein überwiesen werden können. Nach Anhörung der Generalversammlungen der beteiligten Knappschaftsvereine kann die Aufsichtsbehörde im Interesse der dauernden Sicherstellung der Ansprüche der Mitglieder die Vereinigung von zwei oder mehreren Pensionskassen in der Weise anordnen, daß entweder die vollständige Vereinigung der Pensionskassen erfolgt, oder daß sie ihre Selbständigkeit behalten und sich zu einem Rückversicherungsbund vereinigen.

Ist denn wirklich durch den Anschluß an den Rückversicherungsbund oder Garantieverband jede Gefahr für die Knappschaftsmitglieder beseitigt? Wie bezweifeln dies. Der Rückversicherungsbund wird gewissermaßen von vielen Leuten als Allheilmittel betrachtet. Aber es ist doch immer noch so, daß dieser Verband nur das hat oder haben kann, was die ihm angeschlossenen Knappschaftsvereine an ihn abliefern. Verkennen wollen wir dabei nicht, daß der Rückversicherungsbund bei dem ihm angeschlossenen Vereinen gewissermaßen als Revisor wirkt und dadurch mit auf eine geordnete Geschäftsführung drängt.

Der Krieg würde so manchem Knappschaftsverein sein Ende bereiten, wenn nicht Vororge getroffen wird, diese Vereinen vor dem Bankerott zu bewahren. Großes Elend bräde sonst über Invaliden, Witwen und Waisen herein. Im Allgem. Knappschaftsverein Bochum sind bis jetzt über 130 000 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Beinahe ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft befindet sich also im Felde. Bei anderen Vereinen wird es ähnlich aussehen oder auch noch ein höherer Prozentsatz in Frage kommen. Wieviel Invaliden nach dem Kriege ihre Knappschaftspension bekommen müßten, wer weiß es? Kapitalkräftige Vereine wie der Bochumer Mg. Knappschaftsverein, der am Schlusse des Jahres 1914 ein Vermögen von 194 510 371 Mark allein in der Pensionskasse hatte, mögen diese kritische Zeit überwinden, aber schlimm, sehr schlimm wird es für so manchen kapitalarmen Verein und damit auch für die armen Invaliden und Waisen stehen. Mit allen Mitteln ist deshalb darauf zu drängen, daß ein Reichsknappschaftsgesetz und damit ein allgemeiner Knappschaftsverein für alle Bundesstaaten, mit Zweigstellen vielleicht wie bei der Invalidenversicherung, geschaffen wird. Ebenso wie es bei dieser Versicherung verschiedene Beitragsklassen gibt, könnte dies auch bei dem zu errichtenden Zentralverein sein, um so verschiedenartige Beitragszahlungen und unterschiedliche Leistung weiter zu gestalten.

Welche ungeheure Belastung der Krieg mit sich bringt, zeigt uns eine Aufstellung des Bochumer Knappschaftsvereins für ein Kriegsjahr. Danach betrug der Ausfall an Beiträgen ungefähr 22 000 000 Mk., der Mehrausgang an Invaliden, wenn nur 3/4 Prozent der Invalidierungen der Kriegsteilnehmer zugrunde gelegt werden, erfordert einen jährl. Rentenbetrag von 16 000 000 Mark, der Mehrausgang von Witwen einen jährlichen Rentenbetrag von 8 000 000 Mk., von Waisen 3 000 000 Mk., demgemäß würde für ein Kriegsjahr eine Renten-Mehrbelastung von



27 000 000 Mk. und ein Beitragsausfall von 22 000 000 Mk., zusammen 49 000 000 Mk. zu veranschlagen sein. Dabei sind vom Bochumer Knappschafftsverein die neuen Vorschriften des Knappschafftskriegsgesetzes vom März 1915 noch nicht in Rechnung gestellt. Auch werden sich die nachteiligen Folgen des Krieges auf den Gesundheitszustand der Kriegsteilnehmer erst später herausstellen. Es kommen also ungeheure Summen bei den Knappschafftsvereinen in Betracht, die allein infolge des Krieges mehr ausgegeben werden müssen.

Schon hat das Handelsministerium sich an die Oberbergämter mit einem Ersuch gewandt, um zur Verschmelzung einzelner Knappschafftsvereine, und zwar jener, die keine 10 000 Mitglieder zählen, Stellung zu nehmen. Doch auch bei anderen Vereinen hört man es schon in allen Tönen klingen, deshalb ist es an der Zeit, ganze Arbeit zu schaffen und das wäre: ein Reichsknappschafftsgesetz und eine Zentralknappschafftskasse für ganz Deutschland!

## Klagen der Saarbergleute.

Durch die Presse ging die Nachricht, der Saarfiskus habe ab 1. Oktober seine „Michtpreise“ für den Kohlenverkauf wieder um eine Mark pro Tonne erhöht. An seine jetzigen Preise ist der Saarfiskus bis zum 1. Oktober gebunden. Ueber die neuere Kohlenpreisentwicklung an der Saar und an der Ruhr schrieb die „Frankfurter Zeitung“ am 1. Sept.:

Folgendes ist das Bild der Preisentwicklung, wenn wir für die Ruhr die Gasflammenförderkohlen, für die Saar die Heintz-Dechen-Stücke zur Grundlage nehmen. Am 1. Januar 1914 trug der Saarfiskus dem Konjunkturabgang infolge der Rechnung, als er seine Preise um 40 Pf. ermäßigte. Das Syndikat folgte erst am 1. April, ging aber bereits um 75 Pf. herab. Dabei blieb es dann in beiden Nebieren je ein Jahr lang. Dann erhöhte es erster wieder der Saarfiskus am 1. Januar 1915 seinen Preis um 1,20 Mark, und als das Syndikat, hierdurch ermutigt, am 1. April 1915 sogar um 2 Mk. aufschlug, besetzte sich der Fiskus, am gleichen Tage seine Preisrückbildung auf das gleiche Niveau zu bringen, indem er noch mal um 80 Pfennig heraufging. Vom 1. April 1915 ab waren also sowohl an der Ruhr wie an der Saar die Preise um 2 Mark höher als ein Jahr vorher. Das hat beim Syndikat nur bis zum 1. September gedauert, an welchem Tage die neue Preisrückbildung um 1 Mk. in Kraft tritt, so daß also jetzt die Preisrückbildung während des Krieges schon 8 Mk., nämlich von 11,75 auf 14,75 Mk. beträgt, und nun wird am 1. Oktober wieder der Saarfiskus, dessen Kokspreis ohnehin immer parallel dem Kokspreis des Syndikats verläuft, auch für die Kohle folgen.

Mithin hat auch der Saarfiskus die Kriegskonjunktur zu einer bedeutenden Preisrückbildung ausgenutzt, ein Vorgang, der weiter nicht überraschen kann. Ohne Zweifel haben während der Kriegszeit die Gestehungskosten der Saar-Kohlenförderung eine erheblichere Steigerung als die der Ruhrkohlenförderung erfahren, weil die Saargruben wegen ihrer Lage nahe am Kriegsoperationsgebiet unter längerer Betriebsstörung und stärkerer Reduzierung der Belegschaften durch Einberufungen zu leiden hatten. Ueber die Preisrückbildung von 2 Mark pro Tonne sogar über den letzten Höchststand hinaus wird diese Mehrkosten bedekt.

Aus uns vorliegenden Briefen und Lohnnachweisen aus dem Saargebiet ersehen wir, daß die wirtschaftliche Kriegsnote besonders schwer auf der Arbeiterschaft an der Saar lastet. Dort sind schon vor dem Kriege die Nahrungsmittelpreise durchschnittlich nicht niedrig gewesen, jedenfalls standen sie in einem Mißverhältnis zu den üblichen Löhnen. Betrug doch im 1. Vierteljahr 1914 der Durchschnittslohn der fiskaalischen Gesamtbelegschaft nur 4,43 Mk., der durchschnittliche Sauerlohn nur 5,14 Mk. Schriftliche und mündliche Mitteilungen, sowie uns vorliegende Lohnzettel befehlen uns, daß im 1. Vierteljahr 1915 der Durchschnittslohn im Saargebiet höchst wahrscheinlich noch gesunken ist! Zur selben Zeit, als der Kohlenpreis um 2 Mark pro Tonne höher stand als ein Jahr vorher. Das ist gewiß kein mutiger Zustand.

Nun wird zwar offiziell erklärt, die Löhne von 1915 ließen sich mit den vorjährigen nicht vergleichen, weil die größte Menge der höchstentlohnnten Arbeiter Kriegsdienst tue, infolgedessen nun die Gruppen der stets minder hoch entlohnnten Arbeiter unermesslich stärker vertreten seien. Das drückt „rechnerisch“ den Durchschnittslohn herab, in Wirklichkeit sei der Lohn absolut gestiegen. Dies zugegeben, so ergibt sich daraus aber auch, daß dann pro Tonne Förderung weniger Arbeitslohn gezahlt wird, wodurch (vorausgesetzt natürlich die Förderung pro Kopf ist wenigstens gleich geblieben) eine Verminderung der Lohnkosten des Betriebs eintrat.

Da für 1915 noch keine detaillierten Förderziffern veröffentlicht sind, können wir die Prokopfförderung noch nicht berechnen. Doch erfahren wir durch Kameradschaftsvertreter, daß wohl nirgends im Saargebiet von einer tatsächlichen Verminderung der Arbeiterleistung die Rede sein könne. Unsere Bezirksleitung im Saargebiet hat sich durch wiederholte Umfragen bei Kameradschaftsführern („Partiemännern“) von fast allen Inspektionen nach der gegenwärtigen Arbeitsmethode erkundigt. Fast durchweg lautete die Auskunft: „Wir sollen und müssen mehr schaffen wie früher!“ Beschwerdete sich die Kameradschaft über zu geringen Lohn, so wird jeter „zugelegt“, sondern es heißt in der Regel: „Ihr habt ein gutes Gedinge, aber eure Leistung ist zu gering.“ Schafft mehr, dann steigt der Lohn von selbst.“ Ueber diese Art der „Erledigung“ von Lohnbeschwerden wird besonders viel geklagt, beispielsweise von den Gruben Feinik, Dudweiler, König. Ueber fortwährendes Antreiben, ungenügendes Gedinge, schlechten Lohn und auch über die sogenannten „Gedingevereinbarung“ von oben herab „auf dem Bureau“ (also nicht, wie es sich gehört, vor der Arbeit) wurde geklagt in einer kürzlich für Camphausen in Fischbach abgehaltenen Belegschaftsversammlung. Laut behördlicher Versammlungsgenehmigung durften an der Versammlung nur Belegschaftsmitglieder, keine Wanderredner (!) der Organisationen teilnehmen. Nun, die „Wanderredner“ hätten gewiß manche nützliche Aufklärungen geben können, wahrscheinlich auch solche, die mit manchen ärgerlichen Mißverständnissen innerhalb der Belegschaft aufträmen. Was über die mißlichen Arbeitsverhältnisse zu sagen war, das haben die Arbeiter selbst und eindringlich gesagt. Von Beachtung des „Burgfriedens“, wie er unter gleichberechtigten Volksgenossen verstanden werden muß, konnten die klagenden Arbeiter recht wenig berichten. Die Versammlung beschloß einstimmig, eine entsprechende Eingabe an die Grubenleitung zu richten. Am 3. September sollte im Grubenausfluß darüber verhandelt werden, aber die Sitzung ist plötzlich wegen Verhinderung des Herrn Bergrats abgefragt worden. Ob sie bis zur Zeit stattfinden konnte, wissen wir nicht. Jedenfalls liegt es im Allgemeininteresse, daß die zuständigen Werkdirektoren die vielfachen Arbeiterbeschwerden schnell und gründlich abstellen, nicht etwa auf den einschläfernden Einfluß der Zeit rechnen.

Zu Zusammenhang mit den uns zur Verfügung gestellten Lohnzetteln werden wir in einem zweiten Artikel die Ent-

lohnung der Saarbergleute allgemein besprechen. Jetzt wollen wir zur Illustrierung der Lohnentwicklung vorläufig die Löhne eines anerkannt tüchtigen Kohlenhauers vor und während des Krieges angeben. Für 1914 fehlt uns leider der Märzlohn, für 1915 der Aprillohn. Doch indem wir jeweils fünf Monate vergleichen, verstoßen wir nicht gegen das Gebot der Richtigkeit. Der betreffende Kohlenhauer erzielte an Brutto Löhnen (die Pfennige lassen wir fort):

Januar 1914 auf 26 Schichten	184 Mk.
Februar " " 24 " "	145 " "
April " " 28 " "	154 " "
Mai " " 25 " "	150 " "
Juni " " 23 " "	195 " "

Zusammen 121 Schichten 764 Mk.

Januar 1915 auf 27 Schichten	162 Mk.
Februar " " 26 " "	152 " "
März " " 28 " "	166 " "
Mai " " 26 " "	148 " "
Juni " " 27 " "	161 " "

Zusammen 184 Schichten 779 Mk.

Dieser anerkannt tüchtige Arbeiter hat demnach in den fünf Monaten 1914 durchschnittlich 6,23 Mk., in den fünf Monaten 1915 aber nur 5,81 Mk. pro Schicht (brutto) erhalten! Daß er damit noch über den Gesamtdurchschnittslohn seiner Klasse erzielte, ist gewiß ein Beweis für seine Arbeitsfähigkeit. Er ist kein Arbeiter minderer Qualität und doch erhielt er 1915 pro Schicht 41 Pfennig weniger Lohn als im Jahre vorher! Damit wird die Klage vieler Arbeiter über Lohnrückgang bekräftigt.

Demgegenüber berücksichtigt man die kolossale Preissteigerung für Nahrungsmittel! Ab 30. August sind für Saarbrücken von dem Oberbürgermeister Höchstpreise für Lebensmittel festgesetzt worden. Sie sind 20 bis über 100 Proz. höher als die Preise vor dem Kriege. Beispielsweise kosten nun das Pfund Speck 2,00 Mk., Schmalz 1,90—2,00 Mk., Schinken 3,20 Mk., gewöhnliche Leberwurst 0,80—1,20 Mk., Blutwurst 0,80 bis 1,40 Mk., Margarine 1,40—1,60 Mk., Landbutter 1,65 Mk., Emmentaler Käse 1,70 Mk., Limburger Käse 0,80 Mk., weiße Bohnen und gelbe Erbsen 0,60 Mk. usw. Daß so hohe Höchstpreise festgesetzt werden mußten, beweist, wie üppig auch im Saargebiet der Lebensmittelpreise ins Kraut geschossen ist.

Handgreiflich kommt die ungeheuerliche Preissteigerung in folgender Tabelle zum Vorschein. Es sind die Verkaufspreise eines mittleren Kolonialwarengeschäfts in Dudweiler, einem der größten Bergmannsorte des Saargebiets. Hier kosteten

	im Juli 1914	im Juli 1915
2 Pfund Roggenmehl, reines	0,88 Mk.	0,80 Mk.
2 " Reis	0,40 " "	1,40 " "
2 " Linsen	0,40 " "	1,60 " "
2 " Bohnen	0,42 " "	1,20 " "
2 " Erbsen	0,40 " "	1,20 " "
2 " Nierenfett	1,20 " "	2,40—2,80 " "
2 " Teigwaren	0,80 " "	1,40 " "
2 " Käse, Alpkäse	0,80 " "	1,70 " "
2 " Schweinefleisch, ausgel.	1,40 " "	3,30 " "
2 " Fadennudeln	0,72 " "	1,40 " "
2 " Speck	1,60 " "	3,80 " "
2 " Dörrfleisch	1,80 " "	3,50 " "
2 " Würstgäuder	0,54 " "	0,64 " "
2 " Kriegsgäuder	0,52 " "	0,62 " "
2 " Mattavon	0,80 " "	1,40 " "
5/8 " Brot	0,80 " "	3/4 Pf. 0,70 " "
1 " Rindfleisch	0,66 " "	1,10 " "
1 " Schweinefleisch	0,80 " "	1,50 " "
1 " Kalbfleisch	0,80 " "	1,20 " "
1 Pz. Kartoffeln	3,50 " "	7,20 " "
1 Liter Salatöl	1,00 " "	2,50 " "

Ist das keine ungeheuerliche Wertenerung der Lebenshaltung? Ist es angeht dieser gewaltigen Preissteigerungen unverstänlich, daß die Bergarbeiterzeitung immer lauter klagt über große wirtschaftliche Not, eine gebrügte Lohnaufbesserung verlangt und über die geringeren Löhne erbittert ist? An der vaterländischen Opferwilligkeit der Saargebietsbergleute ist kein Zweifel erlaubt, aber wovon sollen sie noch opfern, wenn das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Ausgabe immer größer, die Schuldenlast (bei den Krämeru usw.) immer drückender, die Ernährung trotzdem immer schlechter wird??? Dabei noch manchmal bei der schweren Arbeit beleidigende Scheltworte einfließen zu müssen, das kann auch die Mißstimmung nicht beseitigen. Die oberste Werkverwaltung, das ist unsere bringende Forderung im Interesse des Allgemeinwohls, muß eingreifen mit einer anscheinlichen Lohnrückbildung, wenn die Belegschaften leistungsfähig erhalten bleiben sollen.

## Deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

### II.

#### Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Als Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fungieren 31 für das Deutsche Reich gebildete Landesversicherungsanstalten und 10 für diesen Versicherungszweig zugelassene Sonderanstalten. Der Bereich der Versicherungsanstalten fällt in der Regel zusammen mit der politischen Abgrenzung der Bundesstaaten und Landesteile. Seit der Schaffung der Invalidenversicherung hat eine Aenderung des organisatorischen Aufbaues nicht stattgefunden. Auf Preußen kommen 13, auf Bayern 8 und auf Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Elsaß-Lothringen je eine Versicherungsanstalt. Die Thüringischen Staaten besitzen zusammen eine gemeinsame Versicherungsanstalt, desgleichen auch die drei Hansestädte.

Den Vorständen der Landesversicherungsanstalten gehören 239 Mitglieder an, darunter 128 beamtete, dazu kommen noch 56 Vorstandsmitarbeiter. Unter den nichtbeamteten Mitgliedern der Vorstände befinden sich 55 Vertreter der Versicherten. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder beträgt 630. Bei den Sonderanstalten sind die Vorstände gebildet aus 10 beamteten Personen, 34 Vertretern der Arbeitgeber und 67 Vertretern der Versicherten, zusammen 111 Mitgliedern. Im Klassen- und Bureaudienst der gesamten Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind 3102 Beamte tätig und außerdem noch mit anderen Dienstleistungen 344 Unterbeamte betraut. Dieser Beamtenstab wird noch erhöht durch die bei den Versicherungsanstalten tätigen 493 Uebervachungsbeamten. In den Heilstätten, Bahnhäusern, den Invaliden- und Waisenhäusern usw. der Versicherungsanstalten sind insgesamt 2304 Personen beschäftigt.

Ueber die Zahl der Versicherten werden keine Angaben gemacht, sie läßt sich nur auf Grund der verkauften Marken annähernd berechnen. Insgesamt wurden 1913: 814 575 752 Marken umgeseit, geteilt durch 50 Wochenbeiträge würde diese Zahl rund 16 Millionen Versicherte als Mindestzahl ergeben, die wirkliche Zahl dürfte erheblich höher sein.

An Renten wurden im Jahre 1913 von den Versicherungsanstalten festgesetzt: 11 806 Kranken-, 134 159 Invaliden- und 11 906 Altersrenten; ferner 84 698 Hinterbliebenenrenten, und zwar 8474 Witwen- und Wittver-, 308 Witwenrenten- und 25 919 Waisenrenten, das sind zusammen 192 567 Rentenfestsetzungen. Es kämen dann noch weiter hinzu 6 Zusatzrenten. Als einmalige Leistungen wurden gewährt in 8052 Fällen Witwengelder und in 460 Fällen eine Waisenaussteuer. Als Zahl der Waisenrenten gelten die Waisenkassen (Waisen einer Familie). Die wirkliche Zahl der Waisen, für die Rentenfestsetzungen erfolgten, beträgt 64 770.

Der Gesamtjahresbetrag für die Zugangrenten beträgt 33 365 488 Mk., er liegt gegen das Vorjahr um 4 362 121 Mk. Von dem Gesamtbeitrag kommen auf die 31 Versicherungsanstalten 30 955 801 Mk. und auf die 10 Sonderanstalten 2 409 687 Mk.

Die Gesamtzahl der laufenden Invaliden- und Altersrenten betrug am Jahreschlusse 1913: 1 102 159.

Die Tendenz der Entwicklung ist ein ständiger Rückgang der Altersrenten und eine fortgesetzte Zunahme der Invalidenrenten, welche den Gesamtbestand an Renten fortlaufend steigert.

Die Wirksamkeit der durch die Reichsversicherungsordnung neu geschaffenen Hinterbliebenenversicherung ist erst mit dem Jahre 1912 eingetreten. Es bedarf noch einer Reihe von Jahren, um aus der Entwicklung dieses Teiles staatlicher Fürsorge Schlüsse ziehen zu können. Doch steht bereits schon heute die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung fest, die auf einer viel zu ungünstig aufgestellten rechnerischen Grundlage aufgebaut ist.

Zu den Kosten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt das Reich einen Zuschuß von jährlich 50 Mk. für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Wittverrente und einen solchen von 25 Mk. für jede Waisenrente, sowie einen einmaligen Zuschuß von 50 Mk. für jedes Witwengeld und 16,67 Mk. für jede Waisenaussteuer. Die Zahl der Wochenbeiträge stieg gegen das Vorjahr um 26 181 332.

Der Gesamterlös an verkauften Marken beziffert sich einschließlich der Beiträge für Zusatzrenten auf 289 952 641 Mk. (1912: 278 418 701 Mk.). Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung im Jahre 1913 betrugen 360 819 815 Mk. (344 868 839 Mk.), an dieser Einnahme haben die Versicherungsanstalten einen Anteil von 327 287 577 Mk. Der Gesamterlös stellt eine Gesamtausgabe von 184 423 083 Mk. (175 090 124 Mk.) gegenüber, von welcher 168 006 205 Mk. auf die Versicherungsanstalten kommen. Gegen das Vorjahr stieg die Einnahme um 15 950 476 Mk. und die Ausgabe um 9 332 959 Mk.

Es wurden verausgabt für: Renten 129 745 839 Mk. (1912: 121 787 877 Mk.), Witwengelder 211 167 Mk. (101 154 Mk.), Waisenaussteuer 2429 Mk. (638 Mk.), Heilverfahren 26 485 278 Mk. (23 669 556 Mk.), Invalidenhauspflege 22 089 Mk. (339 Mk.), Mehrleistungen 2 110 786 Mk. (1 793 177 Mk.), Verwaltung 15 370 631 Mk. (14 581 552 Mk.), Erhebungen 2 266 448 Mk. (2 283 984 Mk.), Beschwerdeverfahren 546 938 Mk. (708 399 Mk.), und für Beitragshebung und Kontrolle 6 224 310 Mk. (5 907 404 Mk.).

Die Ausgaben für alle Kosten mit Ausnahme der für Erhebungen und Beschwerdeverfahren sind gegen das Vorjahr gestiegen. Die erfreulichste Seite an der ganzen Invalidenversicherung ist die Pflege des Heilverfahrens und die dafür aufgewendeten Summen. Es muß danach gestrebt werden, gerade diese Aufgabe mit allen Kräften zu fördern und zur höchsten Entwicklung zu bringen. Wieviel auf diesem Gebiete noch getan werden kann, zeigt die riesige Vermögensaufhäufung durch die Invalidenversicherung. Der Vermögensüberschuß betrug 1913 176 396 232 Mk. und das bis zum Schlusse des Berichtsjahres angeammelte Vermögen hat nunmehr bereits die zweite Milliarde erheblich überschritten. Aufgabe des staatlichen Versicherungswesens kann es nicht sein, aus den Beiträgen riesige Vermögen anzusammeln, sondern diese soziale Einrichtung so auszugestalten, daß einer frühzeitig eintretenden Invalidität der werktätigen Bevölkerung mit allen Kräften vorgebeugt wird und diese im Falle des Versagens ihrer Arbeitskraft im Dienste des wirtschaftlichen Lebens ausreichend vor Not und Sorgen geschützt bleibt.

#### Die Arbeiterversicherung insgesamt.

Faßt man das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung zusammen, so ergibt sich für das Jahr 1913 folgendes Ergebnis: Es waren versichert gegen: Krankheit etwa 14 500 000 Personen, Unfall 26 000 000, Invalidität 16 000 000—18 000 000 Personen. Es wurden entschädigt bei: Krankheitsfällen (mit Erwerbsunfähigkeit) 6 249 527 Personen, Unfallverletzte (erstmalig entschädigt) 139 633, Unfallverletzte, laufende Renten 1 010 495 Personen, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: erstmalig festgesetzte Renten 192 573 Personen, laufende Renten 1 102 159, einmalige Leistungen 8 542 Personen. Die gezahlten Entschädigungen betragen bei der Krankenversicherung 429 617 806 Mk., Unfallversicherung 175 350 766, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (einschl. Reichszuschuß) 217 926 303, zusammen 822 894 875 Mk. Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden aufgebracht: durch Beiträge der Versicherten 445 251 076 Mk., der Arbeitgeber 498 835 617, Reichszuschüsse 58 115 992 Mk.

In den Jahren 1885—1913 wurden als Entschädigungsbeträge an die Versicherten geleistet von der Krankenversicherung 5 567 333 049 Mk., Unfallversicherung 2 478 778 635 Mk., Invalidenversicherung (einschl. Reichszuschuß) 2 693 778 413 Mk., zusammen 10 739 890 097 Mk. Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden aufgebracht durch Beiträge der Versicherten 5 895 223 670 Mk., Arbeitgeber 6 661 551 737 Mk., Reichszuschüsse 816 035 462 Mk., zusammen 13 372 810 869 Mk.

Das sind recht gewaltige Summen, die uns hier vor Augen treten, und unbekannt steht denn auch das Deutsche Reich in bezug auf den Umfang und den systematischen Ausbau der sozialen Fürsorge für die Arbeiterschaft von allen Staaten an erster Stelle. Wir wollen durchaus nicht verkennen, daß durch die deutsche Arbeiterversicherung schon Hervorragendes geleistet worden ist. Aber auch nicht bestritten, wie fortgesetzt anzukämpfen war gegen einflußreiche Kreise, die jeglichen Fortschritt in der sozialen Fürsorge weniger durch gute Gründe als durch die ihnen zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und politischen Machtmittel zu verhindern bestritten waren. In Zukunft dürfen die sachlichen Gründe, welche bisher gegen eine weitgehende Sozialpolitik geltend gemacht wurden, noch weiter erheblich an Gewicht einbüßen. Denn wenn es noch eines Beweises für die Wirksamkeit eines ausreichenden wirtschaftlichen und sozialen Schutzes des arbeitenden Volkes bedürft hätte, so ist er durch die Führung des jetzigen Weltkrieges erbracht worden, der die dem deutschen Volke innewohnende Kraft vor aller Welt offenbarte, woran auch unsere Sozialpolitik ihren gebührenden Anteil hat. Diese Lebenskraft des deutschen Volkes bis zum höchsten Maß zu steigern und sie für die künftige Friedensarbeit nutzbar zu machen, ist eine Aufgabe von hohem kulturellen Wert.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist noch unendlich viel zu tun. Sie bietet den Arbeitern bei weitem noch nicht das, was sie als ihr Recht zu beanspruchen hätten. Wir haben es nicht daran fehlen lassen, ständig, bei jeder passenden Ge-



legenheit, die schweren Mängel unserer Arbeiterversicherung, ihre Unvollständigkeit und das Unzureichende ihrer Leistungen hervorzuheben und an ihrem Ausbau tatkräftig mitzuarbeiten.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Goldener Heberfuß!

Wir existieren in einem Heberfuß von Lebensmitteln. Nein, wir wissen wirklich nicht mehr, wofür damit! Sonst fänden sich nicht immer wieder Massenangebote von verdorbenen Lebensmitteln in der Tagespresse.

Zur Verfügung gestellte verdorbene Lebensmittel, nicht mehr zur menschlichen Nahrung geeignet, übernimmt sofort waggon- oder fuhrtenweise Produkten-Handelsgesellschaft m. b. H. Charlottenburg.

„Verdorbenes Lebensmittel“, bemerkt der „Vorwärts“, „hat es zwar immer gegeben, aber noch niemals in dem Umfang wie gerade jetzt. Und gerade in dieser Zeit wäre es so nötig gewesen, Vorsorge zu treffen, damit die knappen Nahrungsmittel ohne Verluste der Bevölkerung zugeführt würden.“

Wer aber den Herren Spekulanten mit solchen Sentimentalitäten kommen wollte, würde von ihnen, wenn sie gerade infolge „guten Geschäftsgangs“ bei Humor sind, nur ausgelacht, sonst aber derb angefahren werden.

100 bis 250 Prozent

verblieben Großhändlern, Händlern, Ladengeschäften, Vertretern auf felle Rechnung usw. der Nahrungs- und Genussmittelbranche usw. an zwei sehr gangbaren, von jeder Hausfrau immer wieder verlangt. Millionen-Massensummarikeln.

Dah sich Zeitungen zur Veröffentlichung solcher Anzeigen hergeben, die ein Gohn auf die erbitterte Volkstimmung legen, sei nur nebenbei bemerkt: jeder erlöst die „große Zeit“ nach seiner Weise.

Zur Steigerung der Getreide- und Gemüsepriese.

Das Kornhaus Torgau e. S. m. b. H. in Torgau (Provinz Sachsen) besandte nach der „Frankfurter Zeitung“ an viele Großgrundbesitzer folgendes Rundschreiben:

„In Ihrem Interesse möchten wir nicht verschlen, Sie darauf aufmerksam zu machen, vorläufig keinerlei Getreide zu verkaufen, da über die Regelung des Verkehrs mit Getreide noch verschiedene Unklarheiten herrschen. Nach dem Besch dürfen Sie die Hälfte der gemieteten Getreide im eigenen Wirtschaftsbetriebe verwenden, während die andere Hälfte zum „Höchstpreis“ von 800 Mark abzuliefern ist.“

So wird systematisch auf die Zurückhaltung der Getreidevorräte und die Steigerung der Preise hingearbeitet.

Ein lehrreiches Beispiel für das Zustandekommen hoher Gemüsepreise zeigt E. Weigelt (Erfurt) in den Marktberichten des Deutschen Pomologen-Vereins in Eisenach: Die Erfurter Blumenkohlhändler haben in der Woche vom 23. bis 28. August für ausgedehnte Erfurter Blumenkohl 6 Mark für 60 Stück, also für einen Kopf 10 Pf., nach Abzug ihrer Unkosten für Fracht und Anfuhr nach Berliner Markthallen, erhalten.

In diesem Jahr haben wir infolge der nassen Witterung einen ganz außergewöhnlich großen Reichtum an Pilzen, besonders an Steinpilzen. Man hätte nun meinen sollen, daß sich das auch in den Preisen äußern würde.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Außerordentlich hohes Vorkommen

wird aus allen deutschen Kohlen- und Erzbergwerkrevieren gemeldet. Die Beiden können die Nachfrage nur schwer oder nicht ganz befriedigen. Es herrscht also Hochkonjunktur für die Begehrtesten, von den Arbeiterelbären merkt man dies freilich recht wenig.

fahren, da nach uns gewordener Mitteilung die Militärbehörde sich in entgegenkommender Weise bereit erklärt hat, garnisondienftfähige Bergleute und solche über 39 Jahre alten heerespflichtigen Grubenarbeiter in weitem Umfang zur Bergarbeit nach und nach zu verurlauben.

Die Verhandlungen zur Syndikatsenerneuerung

sind am 10. September, wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ berichtet, nach 24stündiger Sitzung wieder ohne jeglichen Erfolg verlaufen. Eine Anzahl Bedenken machen noch Vorbehalte wegen der Forderungen und anderer Differenzen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

25 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Leipzig

behandelt ein sehr interessanter Artikel des Kollegen A. Düttlich in der „Leipziger Volkszeitung“ anlässlich der 25. Wiederkehr des Tages (8. September), an welchem das Leipziger Gewerkschaftskartell gegründet wurde.

Table with 3 columns showing membership numbers for various years from 1897 to 1914.

„In die glänzende Entwicklung“, so schreibt Düttlich weiter, „hat der Krieg hart eingegriffen. Gerade im Jubiläumsjahr hat er die Mitgliederzahl noch weiter herabgedrückt.“

Im Wandel der Zeiten hat sich manches geändert, und auch im Leipziger Gewerkschaftskartell ist innerhalb der 25 Jahre manche Aufassung beseitigt worden. Es wäre töricht, zu behaupten, daß frühere Weichhülle falsch oder richtig waren.

Internationale Rundschau.

Lohnbeschwerden der Bergleute Oesterreichs.

Vor einigen Tagen hat eine Bergarbeiterdeputation im Ministerium für öffentliche Arbeiten bei dem Reichsrath v. Soman Beschwerden über zu geringe Löhne und zu hohe Lebensmittelpreise vorgebracht.

Die Internationale im Malergewerbe.

Dem Internationalen Sekretariat für das Malergewerbe, das vom Vorsitzenden des deutschen Verbandes, Steiner in Hamburg, geleitet wird, gehören nach dem Bericht für 1914 die Gewerkschaften der Maler in Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Kroatien, Norwegen, Oesterreich, Ungarn, Schweden und der Schweiz an.

weise der Sympathie zur Unterstützung bedürftiger Arbeiterfamilien des Heilandes zugegangen. — Der kroatische Malerverband ist von der Gewerbe geschlossen worden und der schweizerische leidet so sehr, daß genaue Bitten über seinen Stand nicht zu erhalten gewesen sind.

Der Bericht stellt durch eingehende Untersuchungen fest, daß dem Jahre 1914 von allen Organisationen des Malergewerbes mit Zubehört entgegengekehrt wurde. Man erwartete eine Belebung der Konjunktur, die in den Jahren vorher fast allgemein darniederlag.

Die dem Sekretariat angeschlossenen Verbände haben 1914 insgesamt 42.0 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt, darunter die Schweiz 68, Oesterreich 50, Deutschland 49,5 und Ungarn 29,3 Prozent.

Das Jahr 1914 war von vornherein für das Malergewerbe aller Länder kein Jahr größerer Lohnkämpfe. Daher hat der Kriegsausbruch auf diesen Zweig der Organisationsstätigkeit nur wenig Einfluss ausgeübt.

Am 8. September wurde in Bristol der 47. englische Gewerkschaftskongress eröffnet, an dem nach Pressemeldungen etwa 900 Delegierte teilnahmen, gegen 900 auf dem Kongress vor zwei Jahren in Manchester.

Der Vorsitzende schlug in der Eröffnungsrede die patriotische Note an und beurteilte sodann die Kriegsgewinne an Lebensmitteln, Kohlen, Seefrachten und Kriegsvorräten, die die nationale Einheit zu gefährden drohten und ein Eingreifen der Regierung erheischen.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Englischer Gewerkschaftskongress in Bristol.

Die Beschlüsse des Kongresses sind in der Eröffnungsrede die patriotische Note an und beurteilte sodann die Kriegsgewinne an Lebensmitteln, Kohlen, Seefrachten und Kriegsvorräten, die die nationale Einheit zu gefährden drohten und ein Eingreifen der Regierung erheischen.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Knappschäftliches.

Die Beschlüsse des Kongresses sind in der Eröffnungsrede die patriotische Note an und beurteilte sodann die Kriegsgewinne an Lebensmitteln, Kohlen, Seefrachten und Kriegsvorräten, die die nationale Einheit zu gefährden drohten und ein Eingreifen der Regierung erheischen.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.

Der Kongress nahm mit Einstimmigkeit eine Entschließung an, die vom Ausführlichen Ausschuss eingebracht war. Darin wird der Art und Weise, in welcher dem Aufbruch um freiwillige Soldatenfolge geleistet wurde, Anerkennung gezollt und gesagt, daß das Freiwilligenheer bedauerlich arbeitete.



Ansprüche Österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen bisher unbefriedigt geblieben sein.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehr Ew. Wir erhalten folgendes Schreiben: „Unter Bezugnahme auf Ihre Notiz in Nr. 35 Ihrer Zeitung vom 28. v. Monats, betreffend die Besche Ew. Gz. vom 28. v. Monats, welche für den 28. August vorgesehen war, auf Wunsch der städtischen Bezugsbehörden auf den 27. August verlegt wurde, weil nur für die Freitage und Samstage das Schnapsverkaufsverbot besteht und die Abfahrlagen und Lohnzahlungen nur an diesen Tagen stattfinden sollen.“

Sehr Ew. In der Sache der Arbeiterfamilien ist die Auszahlung der Löhne ein sehr wichtiges Problem, das man dir tu, das für dich und für die Arbeiterfamilien sehr wichtig ist.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schlagwetterexplosion auf Zeche Bruchstraße.

Am 11. September erfolgte auf Zeche Bruchstraße in Langendreer eine Schlagwetterexplosion, wodurch acht Arbeiter getötet und drei verletzt wurden. Durch die Explosion, die morgens um 3 Uhr in Höhe Hugo auf der vierten Sohle erfolgte, wurde ein Arbeiter auf der Stelle getötet, während drei Arbeiter schwere Brandwunden erlitten.

Ueber die Kriegsheerpreise

Schrieb am 24. Mai 1907 der belgische Gesandte in London, Graf Palaing, seiner Regierung in Brüssel:

„Eine gewisse Kategorie der Presse, hier unter dem Namen „Geld-Preise“ bekannt, trägt zum großen Teil für die feindselige Stimmung zwischen den beiden Nationen die Verantwortung.“

Auch in Deutschland fehlt es nicht an Zeitungen, die den Krieg als eine absolute Notwendigkeit für die „Verjüngung der Völker“ bezeichnen und die Friedensfreunde als „Träumer“, wenn nicht gar als „Vaterlandsfeinde“ hinstellen.

Belegtafelerfassung von Schacht Kronprinz.

In der gut besuchten Belegtafelerfassung von Schacht Kronprinz (Rosenblumendelle) am 5. September gab der Arbeiterausschuß seinen Tätigkeitsbericht. Die Schichtlöhne seien niedriger als auf anderen Zechen, die Verwaltung begründe das mit den guten äußeren Verhältnissen. Auch seien die Leute weniger leistungsfähig als auf anderen Zechen.

Ergötzlich war es anzuhören, als ein Belegtafelermitglied, das dem Werkverein angehört, den Arbeiterausschuß aufforderte, doch Mittel und Wege anzugeben, durch die die Arbeiterlage gebessert werden könnte. Treffend bekam er die Entgegnung, daß er doch eigentlich bei seinen Anschauungen zu einer derartigen Aufforderung gar nicht berechtigt sei; das Mittel zur Hebung der Arbeiterlage sei die vom Werkherrn unabhängige Organisation.

Königreich Sachsen. Eingabe um Besserstellung der sächsischen Bergleute.

Zugau, den 2. September 1915. An das stellvertretende Generalkommando des Königlich Sächsischen 19. Urkorps, zu Händen des Herrn Generals von Schweinitz, Eggellens, zu Leipzig.

Hiermit gestatten wir uns, auf das von Ew. Gz. vom 28. v. Monats, betreffend die Besche Ew. Gz. vom 28. v. Monats, welche für den 28. August vorgesehen war, auf Wunsch der städtischen Bezugsbehörden auf den 27. August verlegt wurde, weil nur für die Freitage und Samstage das Schnapsverkaufsverbot besteht und die Abfahrlagen und Lohnzahlungen nur an diesen Tagen stattfinden sollen.“

Die unerhöht hohen Nahrungsmittel- und Lebensmittelpreise, sowie auch aller anderen im Arbeiterhaushalt notwendigen Bedarfsartikel, lassen es als eine dringende Pflicht erscheinen, daß den Bergarbeitern ein höherer Lohn gezahlt wird. An die Bergarbeiter werden in der jetzigen Zeit durch eine bis zum äußersten angespannte Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte, welche durch Neben- und Sonntagsarbeiten noch erhöht wird, so große Anstrengungen gestellt, daß von vielen Seiten über gesundheitliche Nachteile ernsthafte Klagen geführt werden.

Die Gewährung, dauernd genügend Rohle während des Krieges zu haben, hängt in erster Linie von der zu erhaltenden Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter mit ab. Die Bergarbeiter sind sich wohl bewußt, daß ein Ausgleich mit der jetzt herrschenden Teuerung durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne zurzeit nicht möglich ist und sind der Ansicht, daß in dieser schweren Zeit alle Schichten der Bevölkerung Opfer bringen müssen. Je länger der Krieg dauert, um so drückender und fühlbarer wird er auf die Familien der Bergarbeiter wirken, wenn die Teuerung anhält und die Lohnverhältnisse sich nicht bessern.

Wir sind der Ansicht, daß auch jetzt noch unsere bereits in der genannten Eingabe vom Monat März erbetene Teuerungszulage das mindeste ist, was die Bergarbeiter von den Herren Bergwerksbesitzern verlangen können. Allerdings dürfte die Teuerungszulage durch Verminderung der Gewinne nicht wieder illusorisch gemacht werden. In den Kreisen der Grubenbesitzer ist man selbst der Meinung, daß eine Erhöhung der Löhne stattfinden kann. So schreibt z. B. die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in einer Besprechung über den sächsischen Kohlenmarkt folgendes:

„Die Bergarbeiter des Zwickauer und Zugau-Oelsnitzer Reviers sind neuerdings in Anbetracht der Lebensmittelpreiserhöhung mit höheren Forderungen an die Werkverwaltungen herantreten; zum Teil waren von denselben bereits vorher Verringerungen angefordert worden. Weiteres wird sich in aller nächster Zeit entscheiden.“

Diese weitere Erhöhung der Verkaufspreise ist seit dem 1. August eingetreten, und müßte nun konsequenterweise auch den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung zugebilligt werden. Zur näheren Information gestatten wir uns, einige Gewinne im Bergbau für das Jahr 1913/14 mitzuteilen. Es ergab sich folgendes:

Table with 3 columns: Name of mine, 1914, 1913. Includes Bodwa-Höhndorf, Erzgeb. Steintohlenbau-Verein, Gottes Segen (Zugau), etc.

Es sind also noch ganz ansehnliche Gewinne erzielt worden, trotzdem das Jahr 1914 die fünf schlechtesten Kriegsmomente umfaßt. Der Zwickauer-Oberhöhnndorfer Steintohlenbauverein hat in den letzten vier Jahren bei einem Aktienkapital von 766 600 Mk. einen Reinüberschuß von 3,3 Millionen Mark erreicht.

Die Arbeiter unter Tage, und zwar Sauer, müssen sich mit einem Lohn von unter 5 Mark pro Schicht begnügen. Wir geben gern zu, daß es auch Arbeiter gibt, welche gute Löhne erhalten. Der Lohn der über Tage Arbeitenden ist ein so geringer, daß bei vielen nur wenig über 3 Mark, aber selten 4 Mark pro Schicht verdient werden. Auch werden Gebührentreibungen vorgenommen, wo nach Ansicht der Beamten zurecht verdient wurde, trotzdem der Lohn nur 5,50 Mk. für den Volkshauer betrug.

Belegtafeln sind auch über das auf mehreren Werken übliche „Gunde auffüllen“ oder „Benimmern“, wie es von den Bergarbeitern bezeichnet wird. Hierdurch gehen den Ortsbelegtafeln manchmal recht ansehnliche Beträge verloren, was in der jetzigen Zeit doppelt schwer empfunden wird.

Eine bessere Regelung der jetzt während des Krieges notwendigen Uberschichten halten wir deshalb für dringend, weil eine Anzahl älterer Arbeiter den an sie gestellten Anforderungen nicht nachkommen kann, ohne gesundheitlich schweren Schäden davonzutragen. Wir glauben, daß es möglich ist, das Verfahren von Uberschichten in gewissen Grenzen zu halten, ohne daß die Kohlenförderung wesentlich darunter leidet.

Wir bitten deshalb Ew. Gz. durch Gewährung einer Audienz uns die Möglichkeit zu geben, außer dem in der Eingabe Gesagten, noch Fehlendes ergänzen zu können. In der festen Zuversicht, daß Ew. Gz. die Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter einer wohlwollenden Prüfung unterziehen wird, damit den Arbeitern in diesem schweren Beruf Gerechtigkeit widerfährt, zeichnet mit hochachtungsvollem Glückwunsch

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. J. A.: M. Krause. Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. J. A.: G. Hartmann.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 38. Woche (vom 12. bis 18. September 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Auf mehrere Anfragen diene zur Nachricht, daß die Kriegsunterstützung auch an die Angehörigen unserer Mitglieder gezahlt wird, die in den letzten Monaten einberufen wurden und noch einberufen werden. Die Kriegsunterstützung wird, wenn das Mitglied 3 Monate im Kriegsdienst steht, ausbezahlt, so daß die Angehörigen der Kameraden, die im Juli einberufen wurden, im Oktober in den Besitz der Unterstützung gelangt sind für August und im November für August usw.

Wir möchten noch darauf aufmerksam machen, daß bei Einziehung zum Oeresdienste nicht nur die Mitgliedsbücher der verheirateten Kameraden, sondern auch die der Ledigen einzusenden sind, da die Dauer der Dienstzeit in den Büchern vermerkt werden muß.

Rechtschutz betreffend.

Arbeiter-Sekretariat Bochum. Wegen Einberufung der beiden Sekretäre zum Kriegsdienst mußte eine anderweitige Regelung der Sprechstunden getroffen werden. Das Sekretariat ist deshalb Dienstags und Donnerstags den ganzen Tag geschlossen, die übrigen Tage von 9-11 und von 4-7 Uhr wie bisher geöffnet. Donnerstags findet wie bisher, Rechtschutzverteilung in Witten statt.

Bibliotheken.

Sommerberg. Jeden ersten und dritten Sonntag von 11-12 Uhr in der Wirtschaft Eisenberg: Bücherausgabe.

Bücherrevionen.

An folgenden Buchstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen wünschige Wege erspart bleiben:

- Witten I. Vom 20. bis 30. September. Bergshofen. Im September. Wisse. Vom 10. bis 20. September. Wessentrichen I. Vom 15. bis 30. September. Landstr.-Dortmund. Vom 8. bis 28. September. Nieder-Sprochhövel. Vom 15. bis 30. September. Schönebeck II. Vom 15. September bis 1. Oktober.

Kranzspendemarken.

An folgenden Buchstellen werden Kranzspendemarken à 10 Pf. geteilt: Sprove. Im September.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- a) In bar: Buchstelle Langenbochum (Bez. Medlinghausen) 80,—, Oberhöndorf (Bez. Zwickau) 100,—, Bertlich (Bez. Medlinghausen) 17,75, Weidrich I (Bez. Oberhausen) 13,75, Albenrade (Bez. Oberhausen) 5,—, Westerholt (Bez. Medlinghausen) 13,55, Weidrich III (Bez. Oberhausen) 15,—, Zwickau-Kaar (Bez. Oberhausen) 50,—, Medlinghausen-Süd II (Bez. Medlinghausen) 10,70, Sinsen (Bez. Medlinghausen) 4,50, Marxloh II (Bez. Oberhausen) 10,55 Mk. b) Auf Sammelkarten: Schmidt-Essen, Liste Nr. 676: 28,80, Nr. 678: 3,—, Nr. 678: 6,— Mk. c) Freiwilliger Beitrag v. Knappschaftsältesten: Lorenz Mai-Clabbe 50,—, Karl Spelling-Bochum 20,— Mk.

Die Abrechnung für Juli

hatten bis zum 31. August folgende Buchstellen nicht eingesandt: Bezirk Lünen: Albinghausen; Bezirk Linden: Giddinghausen; Bezirk Bochum: Bochum IX; Bezirk Lahn-Dillkreis: Jepsenfeld, Obershausen und Wilingen; Bezirk Wahren: Leonberg; Bezirk Dorsfelde: Friedrichsdorf, Smielin, Jenzig, Karbowa, Koblau, Lohst, Wilschbach, Petrowitz, Repton und Janislau; Bezirk Senftenberg: Biebingen.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- Paul Kollmann, Wesse. Wilhelm Wilath, Wesse. Heinrich Buntch, Samborn I. Johann Kuer, Samborn I. Kurt Tegner, Herzogenrath. Christian Propp, Sproven. Gustav Krüger, Deininghausen. Lorenz Stachn, Deininghausen. Johann Klaus, Schönebeck. Albert Gätzig, Schönebeck. Hermann Berger, Weisthein. Albert Drossel, Weisthein. Theophil Himmel, Weistrop II. Ludwig Hüfing, Eickel II. Richard Schauer, Lufenan. Adolf Erdmenger, Lufenan. Paul Frick, Niederhagen. Josef Hüing, Albenrade. Franz Karmarck, Albenrade. Robert Köppich, Schwarzwalbau. Adolf Reuter, Staßfurt. Wilhelm Haie, Graslleben. Emil Amst, Neurobe. Eduard Spilmann, Neurobe. Josef Reimann, Neurobe. Wilhelm Euzbach, Sommerberg. Wilh. Mankel, Wessentrichen IV. August Gebauer, E.-Sprochhövel. Wilhelm Walter, Weistrop. Leonhard Perwig, Gils. August Behring, Wödinghausen. Karl Temme, Bergshofen. Josef Alois Specht, Arsbach.

Die Zahl der bisher gefallenen Mitglieder beträgt 2151. Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Achtung Knappschaftsälteste!

Kommission Essen

Sonntag, den 10. September, vormittags 9 1/2 Uhr,

Quartals-Sitzung

im Lokale des Herrn Gätzer (Restaurant „Groß-Essen“) in Essen, Steelerstraße 17.

Kommission Bochum

Sonntag, den 10. September, nachmittags 3 Uhr,

Quartals-Sitzung

im Lokale des Herrn August Diebshulte in Raltenshardt, Wittenstraße.